

Alleszeitung
Wolfsburger
Allgemeine
Die Erlebniszeitung

Der Urlaubs-Service
für Abonnenten ...

Nehmen Sie Ihre Zeitung mit
in den Urlaub.

AZ: ☎ 0800 1234 902*
WAZ: ☎ 0800 1234 905*
*kostenlose Servicenummer

52986701_002416

Gifhorn: Ranzen-Party zieht massenhaft Familien an

Aller-Zeitung

www.aller-zeitung.de



Amtliches Kreisblatt für Gifhorn seit 1885

Montag, 6. Februar 2017

Partner im Redaktionsnetzwerk Deutschland RND

NR. 31 | 167. Jahrgang | 1,40 €

BADMINTON:
DM: Deprez holt
Silber für BVG

▶ SEITE 33

seit 1980

SZALEK Fenster
Türen Tore

Besuchen Sie
unsere Ausstellung:
Helmstedter Straße 19
WOB-Vorsfelde
Telefon 05363/72759

www.szalek.info

Nächste Pleite: VfL rutscht immer tiefer in den Abstiegssumpf

Elfer-Ärger, Schiri-Frust – Wolfsburgs
Fußball-Bundesligist verliert beim 1. FC Köln
mit 0:1 und hat nur noch drei Punkte
Vorsprung auf den Relegationsplatz. Morgen
geht's im Pokal zu den Bayern. ▶ SEITEN 21 BIS 24

WETTER

HEUTE
-3° bis 2°

MORGEN
-6° bis -1°

SPORT

Braunschweig ist die Führung wieder los

BRAUNSCHWEIG. Eintracht Braunschweig hat den Sprung an die Tabellenspitze der 2. Fußball-Bundesliga verpasst. Die Mannschaft von **Torsten Lieberknecht** verlor zu Hause mit 1:2 gegen Schlusslicht FC St. Pauli.

GEWINNZAHLEN

LOTTO: 2 16 28 37 39 49
SUPERZAHL: 8
SPIEL 77: 3 7 2 0 3 5 2
SUPER 6: 3 0 4 2 5 1

OHNE GEWÄHR

WIRTSCHAFT

Kritik an Trumps Banken-Kurs

BERLIN. US-Präsident Donald Trump stößt mit seinen Plänen zur gelockerten Bankenregulierung in Deutschland auf Kritik. Politiker warnen, Trump lege mit seinem Vorhaben die „Grundlagen für die nächste Finanzkrise“. Er zeige, dass er auf der Seite der Wall-Street-Banken stehe.

SO ERREICHEN SIE UNS

Aboservice: 08 00 / 1 23 49 02
vertrieb@aller-zeitung.de

Kleinanzeigen: 08 00 / 1 23 49 03
anzeigen@aller-zeitung.de

Aller-Zeitung
Postfach 1120
38501 Gifhorn

10006
4 190107 101406

Grüne: Niedersachsens CDU kann kein Partner für uns sein

Führende Parteimitglieder wollen Weichen für die Zeit nach der Landtagswahl stellen

VON MICHAEL B. BERGER

HANNOVER. Führende Politiker der Grünen wollen vermeiden, dass es nach der nächsten Landtagswahl Anfang 2018 zu einem schwarz-grünen Bündnis in Niedersachsen kommt. In einem mehrseitigen Positionspapier, das dieser Zeitung vorliegt, wird einer eventuellen Koalition mit der CDU eine eindeutige Absage erteilt.

In der Flüchtlingspolitik habe sich die CDU „mit ausgrenzenden Forderungen stark nach rechts bewegt“, beklagen die Grünen-Parteivorsitzende Meta Janssen-Kucz, die Landtagsfraktionschefin Anja Piel und Agrarminister Christian Meyer. Auch könne eine Partei, die „aktiv die Lobby der Massentierhaltung“ vertrete, kein poli-

tischer Partner der Grünen werden. „Vor diesem Hintergrund kann es kein Schielen nach neuen Koalitionsoptionen geben“, so die Autoren. Das ist eine andere Tonlage, als sie noch Ende November der grüne Umweltminister Stefan Wenzel angestimmt hatte. Er warnte davor, andere politische Konstellationen als Rot-Grün „undenkbar erscheinen zu lassen“. Tatsächlich könnten die Karten nach der Landtagswahl 2018 neu gemischt werden. Laut einer NDR-Umfrage haben derzeit weder Rot-Grün noch Schwarz-Gelb eine Mehrheit. Die SPD lag bei 31 Prozent, die CDU bei 35 Prozent. Die Grünen kamen auf 14, die FDP auf 6 Prozent. Die bisher nicht im Landtag vertretene AfD lag bei 8 Prozent, die Linke bei 4 Pro-

zent, wäre also nicht im Landtag vertreten. Rein rechnerisch wären neben der Großen Koalition auch Schwarz-Grün oder eine rot-gelb-grüne „Ampel“ möglich.

„Uns geht es darum, ein klares Signal zu setzen, auch angesichts der Diskussion auf Bundesebene“, sagte Grünen-Parteichefin Meta Janssen-Kucz. „Auch wenn es mit der SPD nicht immer einfach ist, geht es mit der aktuellen CDU gar nicht.“ In ihrem Positionspapier plädieren die Grünen-Politiker für eine Fortsetzung der Agrarwende. Sie lehnen neue Autobahnen ab und fordern ein Ende des Frackings sowie den „Umbau der Automobilwirtschaft mit dem Ziel, ab 2030 keine fossilen Verbrennungsmotoren mehr anzubieten“.

Auch SPD-Landeschef und Ministerpräsident Stephan Weil setzt offenbar auf einen Lagerwahlkampf. „Unsere Koalition arbeitet gut und erfolgreich zusammen, und wir haben viel bewegt. Deswegen will auch die SPD Rot-Grün nach den Landtagswahlen fortsetzen“, unterstrich Weil am Sonntag.

CDU-Landtagsfraktionsvize Dirk Toepffer, der intern öfter für ein schwarz-grünes Bündnis plädiert hat, zeigt sich ernüchtert. „Koalitionen werden weniger anhand von Parteiprogrammen, sondern von Personen geschmiedet.“ Und beim grünen Spitzenpersonal habe er Zweifel, dass Schwarz-Grün möglich sei. So gingen Auseinandersetzungen mitunter an die Grenze von persönlichen Beleidigungen.

Deutscher Großkunde klagt gegen VW

BRAUNSCHWEIG. Erstmals hat ein deutscher Großkunde im Abgasskandal Klage gegen Volkswagen eingereicht. Insgesamt 11,9 Millionen Euro Schadensersatz will der Fischverarbeiter Deutsche See von VW erstreiten. Das Unternehmen hatte den Schritt im Sommer angekündigt und nun am Landgericht Braunschweig wegen arglistiger Täuschung Klage eingereicht. Bei der Deutschen See sind nach Unternehmensangaben etwa 500 Autos von den Abgasmanipulationen betroffen. „Wir sind tief enttäuscht über VW und fühlen uns hingehalten und betrogen“, sagte Deutsche-See-Chef Egbert Miebach. Ein VW-Sprecher wollte sich zu der Klage zunächst nicht äußern, da sie dem Autobauer noch nicht vorliege. Die Umrüstung der Fahrzeuge sei aber problemlos möglich.

Unfälle im Haushalt

Beim Reinemachen sterben weit mehr Menschen als im Straßenverkehr

VON ALEXANDER DAHL

HANNOVER. Sind Sie gut durchs Wochenende gekommen? Wenn ja, dann haben Sie vermutlich einfach nur Glück gehabt. Am Wochenende wird in vielen Haushalten geputzt – und bei dieser Gelegenheit kommen jährlich erheblich mehr Menschen zu Tode als etwa im Straßenverkehr.

Der Haushalt ist voller tödlicher Fallen. Da gibt es Staubsaugerkabel oder Teppichkanten, über die man stolpern, Trittleitern, von denen man fallen und Chemikalien, mit denen man sich vergiften kann. Alles schon passiert. 9815 Menschen kamen

zwischen Putzweimer, Wischwapp und Lappen nach den aktuellsten verfügbaren Zahlen im Jahr 2015 ums Leben – 800 mehr als im Jahr zuvor. Zum Vergleich: Im gleichen Jahr starben auf Deutschlands Straßen nur etwa 3500 Menschen. Putzfrauen leben also offenbar gefährlicher als so mancher Autofahrer. Erhoben hat die neuen Daten die Minijob-Zentrale, die – ja, richtig geraten – dafür wirbt, Haushaltshilfen korrekt anzumelden. Angesichts der vielen Unfälle mit oft gravierenden Folgen sichere eine Anmeldung im Fall der Fälle den Unfallschutz, sagt Erik Thomsen, Chef dieses Ablegers der Deutschen

Rentenversicherung.

Seit Jahren schon werden Wohnungen oder Häuser in Deutschland offenbar immer gefährlicher. Seit 2007 steigen die Todesraten bei Haushaltstätigkeiten beständig. Der gemeinnützige Verein „Das sichere Haus“ führt dies auf Sorglosigkeit, Waghalsigkeit und das hohe Durchschnittsalter der Deutschen zurück. Alte Menschen seien wegen nachlassender Seh- und Muskelkraft besonders gefährdet, sagt Vereinschefin Susanne Wölk. Wer also nun einen gelasseneren Blick auf Schmutz im Haus entwickelt, könnte durchaus zu Recht mit Sicherheitsaspekten argumentieren.

Beauty Festival in der City-Galerie:

EINFACH GUT AUSSEHEN!

6.-18.2.
Styling-Tipps
und gratis
Make-up

CITY-GALERIE
WOLFSBURG